

Der lange Arm der Reichsgaragenordnung

Im Rahmen des Kleinglattbacher Projektes zur Internationalen Bauausstellung 2027 referiert Jörg Warnstorf in der Vaihinger Waldorfschule über autofreie Quartiere

Ein Leben ohne Auto ist heutzutage für die allermeisten Deutschen undenkbar. Das gilt umso mehr im Autoland Baden-Württemberg. Dass es – allen Schwierigkeiten zum Trotz – aber auch anders geht, versuchte Jörg Warnstorf am Freitagabend den rund 90 Zuhörern in der Mensa der Vaihinger Waldorfschule zu verdeutlichen. Nicht jeder ließ sich davon überzeugen.

VON MICHAEL BANHOLZER

VAIHINGEN. Sollte im Zuge der Internationalen Bauausstellung (IBA) 2027 Stadtregion Stuttgart auch das Quartier „Reservoir“ in Kleinglattbach realisiert werden, dann wird es dort nach dem Willen der Initiatoren eine vollkommen neue und zukunftsweisende Art des Bauens, Wohnens und Arbeitens geben. In der Veranstaltungsreihe „Dialog Zukunft“ laden die Kleinglattbacher Familie Groeneveld und der Physiker Dr. Thomas Dippel deshalb zu Vorträgen und Diskussionen ein, die Denkanstöße für das Viertel geben sollen. „Zukunft gestalten, statt nur reinzuschlittern“, wie es Dippel formulierte. Am Freitag stand nun in der Mensa der Vaihinger Waldorfschule das Thema Mobilität im Vordergrund.

Als Referent eingeladen war Jörg Warnstorf, Geschäftsführer des Vereins für autofreies Wohnen. Dieser war 1998 gegründet worden, um in Freiburg bei der Entwicklung des Stadtteils Vauban zu helfen, in dem heute mehr als 5600 Einwohner leben und das als das größte weitgehend autofreie Wohnprojekt Deutschlands gilt. Wie das Pkw-arme Zusammenleben funktioniert und welche Schwierigkeiten auf dem Weg zu diesem Ziel zu beseitigen waren, berichtete der teilweise in Vaihingen aufgewachsene Warnstorf vor gut 90 interessierten Zuhörern.

In 3000 Jahren Stadtplanung habe stets das Prinzip geherrscht, dass sich das Leben auf schmalen Straßen und kleinen Plätzen abspiele, so Warnstorf. Mit dem Aufkommen des Automobils kam es jedoch ab den 1930er- und vor allem ab den 1950er-Jahren zu einem großen Bruch. Breite Straßen waren fortan voller Autos, aber ohne Menschen. Einige westliche Städte haben bereits versucht, diesen Trend umzukehren, wie Warnstorf am Beispiel Kopenhagen erläuterte. Dort stieg der Anteil des Zweirad-



Jörg Warnstorf (von rechts), lässt sich von Dr. Thomas Dippel, Richard-Elsen Groeneveld, Derk Groeneveld und Maaike Sanders-Groeneveld auf der Karte die Lage des angedachten IBA-Quartiers zeigen. Foto: Banholzer

verkehrs von 1995 bis 2018 von 19 auf 43 Prozent. Das niederländische Houten wurde gleich komplett am Reißbrett als Stadt mit nur wenigen Autostraßen konzipiert. Die 50 000 Einwohner nutzten vor allem die gut ausgebauten Radwege oder die in kurzem Takt verkehrende Eisenbahn, um ins nahe Utrecht zu gelangen. Ganz ähnlich funktionierte auch das autofreie Leben in Freiburg-Vauban.

In Deutschland habe es freilich noch andere Versuche gegeben, Städte ohne Autoverkehr zu schaffen. Zur Wahrheit gehöre auch, dass dies so manches Mal gescheitert sei, räumte Warnstorf ein. Vor allem juristische Fragen hatten dabei für zeitliche Verzögerungen gesorgt, bis schließlich das ganze Projekt starb. Eine Frage ist beispiels-

weise, ob es rechtlich zulässig ist, Einwohner per Vertrag auf den Auto-Verzicht zu verpflichten. Gilt dies doch als Eingriff in das Eigentumsrecht. Zudem sehe die Bundesgesetzgebung zwingend Stellplätze für alle Gebäude vor. Das reiche zurück bis zur Reichsgaragenordnung der Nazis aus dem Jahr 1939. Um die daraus hervorgegangene bundesdeutsche Stellplatzpflicht komme niemand herum, sagte Warnstorf. Es gebe aber kreative Lösungen, die es wert seien, angedacht zu werden.

Denn die Vorteile eines autofreien Quartiers lägen auf der Hand: mehr Lebensqualität durch weniger Lärm und Abgase; so gut wie keine Unfälle mehr; mehr Platz für Grünanlagen, Spielplätze oder sonstige Orte des Zusammentreffens. Der Takt wer-

de nicht mehr von den Autos, sondern von den Fußgängern angegeben. Auch in Vauban habe das Projekt begonnen mit rund 100 Idealisten, einem links-grün orientierten Gemeinderat und einer Stadtverwaltung, die sich offen gezeigt habe für neue Ideen. Aus dem anfänglich belächelten Quartier wurde im Lauf der Jahre ein Vorzeigebau, das bis heute nicht nur Touristen, sondern auch Tausende interessierte Fachbesucher in großer Zahl anlockte, berichtete Jörg Warnstorf.

In Vauban gebe es zwei am Rande behmatete Parkhäuser, wo jene Bewohner, die noch ein Auto haben (nur ein Teil verzichtet komplett darauf), parken können. Die Straßen ins Innere dürfen für den Be- und Entladeverkehr genutzt werden. Parken dürfen

nur Carsharing-Fahrzeuge oder Krankentransporte. Kindergärten, Schulen, Läden, Ärzte – alles sei auf kurzen Wegen gut zu erreichen. Wie in Houten gibt es ein ausgebaut Radwegenetz und eine kurz getaktete Straßenbahn, die von den Bewohnern genutzt werden. Besucher von außerhalb können in den Parkhäusern einen Stellplatz anmieten. Das in Kleinglattbach angedachte Quartier sei angesichts der Nähe zum Vaihinger Bahnhof geradezu prädestiniert für ein ähnliches Verkehrskonzept.

Unter den Zuhörern des Abends zeigten sich einige durchaus offen für die Idee, in einem autofreien Quartier zu wohnen, wie eine Blitzzumfrage Warnstorfs zeigte. Andere sahen darin aber auch Probleme. So wurde die Sorge geäußert, dass ein autofreies Quartier zu einem erhöhten Parkdruck in den „konventionellen“ Teilen Kleinglattbachs führen könnte. Ähnliches habe man vorübergehend auch in Vauban beobachtet, gestand Jörg Warnstorf. Das Ordnungsamt habe dem aber mit verstärkten Kontrollen ein Ende gemacht.

Mehrere Zuhörer interessierten sich für die Bezahlbarkeit von Wohnungen in einem solchen Viertel. In Vauban sei die Bevölkerung vor allem am Anfang bunt gemischt gewesen, so Warnstorf. Wenn so ein Quartier durch eine Baugenossenschaft realisiert werde, dann seien die Preise auch erschwinglich, da keine hohen Renditen erzielt werden müssten. Inzwischen seien die Preise sehr hoch: Denn die Nachfrage nach Wohnungen sei groß, das Angebot aber klein. „Es gibt schließlich kaum jemanden, der wegziehen möchte.“

Wie Tausende zusätzliche Bürger mit einem jetzt schon völlig überlasteten Schienenverkehr zur Arbeit kommen sollten, war ebenfalls eine Frage aus dem Publikum, für die eine Antwort auf Landesebene gegeben werden muss. Volkswirtschaftlich rechne sich autofreier Verkehr jedenfalls, sagte Jörg Warnstorf mit Blick auf die Kosten von Straßenbau, Instandhaltung, Umwelt- und Gesundheitsschäden. Letztere würden ja leider gerne verdrängt. Mobilität sei auf anderer, weniger schädlichen Wegen möglich, etwa mit E-Bus-Shuttles. „Es gibt Alternativen, die einen das Auto gänzlich vergessen lassen.“

Der nächste Termin in der Reihe „Dialog Zukunft“ findet am 2. März um 19.30 Uhr in der Mensa der Waldorfschule Vaihingen statt. Thema wird dann die Frage nach einem zukunftsfähigen und nachhaltigen Energiekonzept für das Quartier in Kleinglattbach sein.

IG Metall: Verlagerung nach Bulgarien hat Sihh den Todesstoß versetzt

Bei einer Betriebsversammlung wird die Stilllegung der Firma mit Sitz in Mühlacker verkündet – Restrukturierung wegen ausbleibender Kunden gescheitert

MÜHLACKER (sf/p). Eine Stunde lang haben sich die Mitarbeiter der Sihh GmbH in Mühlacker am Freitag hinter verschlossenen Türen zur Betriebsversammlung getroffen. Danach hatten sie Gewissheit: Ende Mai ist Schluss. 90 der 320 Angestellten werden sofort freigestellt. 15 scheiden infolge von Eigenkündigungen oder der Aufhebung ihrer Arbeitsverträge aus.

Am Ende war die Stimmung unter den Angestellten weitestgehend gefasst. Dass der Betrieb nicht weitergeführt werden kann, das hatte sich schon abgezeichnet. „Viele haben trotzdem noch die Hoffnung gehabt, dass es weitergeht“, verriet einer der Mitarbeiter unmittelbar nach Ende der Versammlung; andere wiederum hätten ohnehin nicht mehr daran geglaubt. Betroffen mache sie, dass ein Kollege über sein Gehalt eigentlich sein Studium finanzieren müsse, viele andere hätten zudem Familien, die sie doch ernähren sollen. Da mischte sich auch ein wenig Ratlosigkeit darunter, wie es jetzt weitergehen soll. Bei der Versammlung selbst habe es „teilweise Verärgerung über



Bei der Firma Sihh wird die Arbeit Ende Mai endgültig eingestellt. Foto: Friedrich

die frühere Geschäftsführung“ gegeben, verriet der Gewerkschaftssekretär der IG Metall Pforzheim, Arno Rastetter. Vor allem die Verlagerung nach Bulgarien sei „der Todesstoß“ gewesen: „Da ist richtig Geld versenkt worden.“ Schlimmer noch:

Viele Kunden seien dadurch verärgert gewesen und abgesprungen.

So waren es letztlich auch ausgebliebene Aufträge, die das Ende des Unternehmens besiegelt haben. „Damit konnte der Betrieb trotz laufender Restrukturierungsmaßnahmen nicht kostendeckend arbeiten“, heißt es in einer Presseerklärung des vom Amtsgericht Pforzheim bestellten Insolvenzverwalters Marc Schmidt-Thieme. Die Suche nach potenziellen Interessenten, die den Betrieb fortführen wollen, ist zudem ergebnislos geblieben. Es hat sich kein Investor gefunden. Bitter sei das vor allem für die, die sofort freigestellt worden sind und die sich nun nächste Woche bei der Arbeitsagentur melden müssen, so Rastetter. „Sie können nicht mehr bezahlt werden und beschäftigt schon gleich gar nicht.“ Ende Mai ist aber auch für alle anderen Schluss. Natürlich gebe es weiterhin Gesprächsbereitschaft „und wenn irgendjemand käme, der sagt: Ich will irgendetwas, dann wird sicherlich niemand sagen: Du kriegst es nicht“, so Rastetter. Das sei allerdings ein sehr un-

wahrscheinliches Szenario. Aus Sicht der IG Metall gelte es nun, schnellstmöglich Mittel zur Finanzierung einer Transfergesellschaft bereitzustellen, die den verbliebenen Beschäftigten – sie sollen bis Ende Mai noch bestehende Aufträge abarbeiten – nach der Stilllegung des Unternehmens die Möglichkeit gibt, sich zu qualifizieren und einen neuen Arbeitsplatz zu suchen. Noch im Februar soll zudem ein Sozialplan mit Interessenausgleich ausverhandelt werden, kündigte die Kanzlei Hoefler Schmidt-Thieme an.

Für die Region um Mühlacker sei dies nach der Ankündigung des Arbeitsplatzabbaus bei Mahle Behr ein weiterer Schlag in Sachen Arbeitsplatzvernichtung in der Metallindustrie, erklärte die erste Bevollmächtigte der IG Metall Pforzheim, Liane Papiouannou. Jetzt komme es umso mehr darauf an, die Beschäftigungssicherung weiter in den Fokus zu rücken und in den Betrieben möglichst viele Beschäftigte durch die Transformation mitzunehmen und sie entsprechend zu qualifizieren.

Unterdessen hält es Gewerkschafter Arno Rastetter für erforderlich, dass künftig nicht nur eine Absicherung der Beschäftigten über das Insolvenzgeld für maximal drei Monate erfolgt. Vielmehr sei es notwendig, dass für die Fälle der Stilllegung auch die ohnehin schon auf drei Monate verkürzte Kündigungsfrist vorfinanziert und sozialpolitisch abgesichert werden kann. Das Insolvenzgeld helfe ohne Zweifel bei der Weiterführung von Betrieben, würden die dann aber doch stillgelegt und Beschäftigte „freigestellt“, stünden sie wie bei Sihh jetzt gesehen, von einem Tag auf den anderen auf der Straße.

Würden die Kündigungsfristen ähnlich der Umlage beim Insolvenzgeld ebenfalls sozialpolitisch abgesichert, könnte mit diesem Geld zumindest auch im Falle der Stilllegung und „Massearmut“ eine Transfergesellschaft für alle Betroffenen finanziert und somit die sofortige Arbeitslosigkeit vermieden werden, so der Sprecher der IG Metall. Da bestehe dringender politischer Handlungsbedarf, so Rastetter.

Ein Bürgermeister wird gesucht

Amtsverweserin Carmen Schneider verlässt Sternenfels – Schultes Werner Weber beantragt Ruhestand

VON NORBERT KOLLROS

STERNENFELS. Ratlosigkeit in der Stromberg-Gemeinde: Seit Donnerstag ist der Sternenfelser Bürgermeisteressel wieder verwaist, nachdem Amtsverweserin Carmen Schneider ihren Rückzug als vorübergehende Rathauschefin erklärt hatte. Mehr noch: Der im Krankenstand befindliche Bürgermeister Werner Weber kündigte an, er wolle sich in den Ruhestand versetzen lassen.

„Schweren Herzens habe ich mich durchgerungen, beim Landratsamt Enzkreis einen Antrag auf Versetzung in den Ruhestand zu stellen“, so Weber in einer Mitteilung an die Medien. Hintergrund: Nach seinem bei einer Dienstreise erlittenen Verkehrsunfall im September 2018 befand er sich seit Ostern vergangenen Jahres in stationärer Heilbehandlung (die VKZ berichtete), wobei sich bis dato ein nachhaltiger Therapieerfolg noch nicht eingestellt habe. Seine Ärzte hätten ihm deshalb geraten, sein Amt als Bürgermeister niederzulegen.

Er selbst sei ebenfalls zu der Einschätzung gekommen, für Sternenfels „ohne stabilen Gesundheitszustand keine Bereicherung mehr zu sein“. Mit seiner Entscheidung wolle er „Klarheit und Planungsmöglichkeiten für den Gemeinderat, die Ge-

meindeverwaltung und natürlich für die Amtsverweserin Carmen Schneider schaffen“, der er ausdrücklich bescheinigte, Themen und Projekte der Gemeinde „sachgerecht und mit großem Fingerspitzengefühl weitergeführt“ zu haben, so Weber in seiner Mitteilung.

Wobei Weber zum Zeitpunkt, als er seine Erklärung verfasste, noch nicht von der anstehenden beruflichen Veränderung der Amtsverweserin gehnt haben dürfte. Denn diese verkündete erst am Donnerstag im Sternenfelser Amtsblatt ihren anstehenden „kurzfristigen Weggang“ von der Gemeinde zum jetzigen Monatswechsel. Sie sei davon ausgegangen, dass der Bürgermeister noch im Januar an seinen Schreibtisch zurückkehren würde, weshalb sie eine neue berufliche Herausforderung gesucht habe, da ihr früheres Amt als stellvertretende Leiterin der Kommunalaufsicht im Landratsamt anderweitig besetzt worden war.

Abends verlas Schneider ihre Erklärung in der Gemeinderatssitzung, teils mit stockender Stimme und Tränen in den Augen. Sie versicherte ausdrücklich, wie gerne sie diesen Job ausgeübt und welch positive Erfahrungen sie dabei gemacht habe, weshalb es ihr umso schwerer falle, Abschied zu nehmen. Sternenfels sei eine Gemeinde mit

viel Potenzial, weshalb es gelte, „zusammenzuhalten und gemeinsam die anstehenden Dinge anzupacken und gemeinsam nach tragbaren Lösungen zu suchen“.

Ab sofort werden nun die beiden ehrenamtlichen Bürgermeister-Stellvertreter gefordert sein – der Raumausstattermeister Klaus Riekert (FW/SPD) und der Ergotherapeut Michael Schlotterbeck (Liste für Sternenfels und Diefenbach). Wobei Klaus Riekert mit diesem Ehrenamt schon hinreichend Erfahrung vorweisen kann, nachdem er die Vakanz am Bürgermeister-Schreibtisch von Mai bis November 2015 überbrückt hatte. Wobei im öffentlichen Teil der Sitzung das beabsichtigte Ausscheiden Webers kein Thema war, zu seiner Person hieß es lediglich, dass er noch bis Mitte Februar krank geschrieben sei.

Zum Abschied von Carmen Schneider würdigte Riekert ihr sechseinhalbmonatiges engagiertes Wirken zum Wohle der Gemeinde und ihrer Einwohner. Zahlreiche anstehende Projekte habe sie erfolgreich weitergeführt, andere neu angestoßen, wie etwa zwei Neubaugebiete. Ihr Weggang sei zu bedauern, gleichwohl sei es nachvollziehbar, dass sie eine neue berufliche Herausforderung mit wieder langfristiger Perspektive gesucht habe.



Mit anerkennenden Worten, Blumen und einem Geschenkkorb hat der Sternenfelser Bürgermeister-Stellvertreter Klaus Riekert die Amtsverweserin Carmen Schneider als kommissarische Rathauschefin verabschiedet. Foto: Kollros